Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 29.03.2022

Dezernat: I / Fachdienst
Hauptverwaltung
Bearbeiter/in: Herr Fieber
Telefon: 545 1252

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00402/2022

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Befristete Einrichtung von bis zu 10 Stellen zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise

Beschlussvorschlag

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, im Wege einer Organisationsverfügung bis zu 10 neue Stellen befristet bis zum 31.12.2022 zu errichten.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, diese Stellen extern auszuschreiben und zu besetzen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Stadtverwaltung ist derzeit im Zusammenhang mit der Aufnahme der Flüchtenden aus der Ukraine stark gefordert. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Integrationsstelle, die Ausländerbehörde sowie der Sozial- und Jugendbereich. Aktuell konzentrieren sich die Bemühungen darauf, die Arbeitsfähigkeit in den exemplarisch genannten Bereichen durch den Einsatz von Mitarbeitenden aus weniger betroffenen Bereichen und durch den Einsatz von Auszubildenden sicherzustellen. Es steht allerdings zu erwarten, dass diese Handhabung angesichts der Dynamik der derzeitigen Situation alsbald an Grenzen stoßen wird. Mit dem erbetenen Beschluss soll der Handlungsspielraum unter Verweis auf § 7 Nr. 5 der haushaltsbegleitenden Verfügungen zum Haushaltsplan 2021/2022 im Sinne des Ermöglichens von problemadäquatem Reagieren erweitert werden. Anders als in der Vorlage zu den Containment Scouts – Drucksache Nr. 0039/2021 – enthält diese Vorlage keine Angaben zu in Aussicht genommenen Vergütungsgruppen. Darauf wird bewusst verzichtet, weil der in Rede stehende Mehrbedarf in Aufgabenbereichen anfällt, bei denen unterschiedliche Anforderungen an Vorbildung etc. zu stellen sind. Die zu erwartenden Mehrbelastungen sind grob auf Grundlage der Entgeltgruppe 8 TVöD geschätzt worden.

Eine Refinanzierungszusage von dritter Seite gibt es aktuell nicht. Verwaltungsseitig besteht allerdings die Erwartung, dass wir den fluchtbedingten Mehraufwand zumindest teilkompensiert bekommen.

2. Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ist in der Sachverhaltsdarstellung hinlänglich beschrieben.

3. Alternativen

Die Kompensationsmöglichkeiten durch eigenes Personal der Stadtverwaltung werden aktuell ausgereizt und sind nahezu erschöpft.

4. Auswirkungen

Lebensverhältnisse von Familien: ---

Wirtschafts- / Arbeitsmarkt: ---

Klima / Umwelt: ---

Gesundheit: ---

5. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Die Personalkosten können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret beziffert werden. Sie werden zunächst grob geschätzt und beruhen auf dem durchschnittlichen Jahreswert der Entgeltgruppe 8 TVöD, Entwicklungsstufe 3, LOB, Jahressonderzahlung sowie Tarifentwicklung:

10 Stellen á 52.800,00 € (2022)

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe:

ja

nein, der Beschlussgegenstand ist allerdings aus folgenden Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse:

Zur Erfüllung der freiwilligen Aufgabe wird folgende Deckung herangezogen:

b) Sind über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen erforderlich?

ja, die Deckung erfolgt aus: ---

nein. ---

c) Bei investiven Maßnahmen:

Ist die Maßnahme im Haushalt veranschlagt?

ja, *Maßnahmenbezeichnung (Maßnahmennummer)* ---

nein, der Nachweis der Veranschlagungsreife und eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei. ---

d) Drittmitteldarstellung: ---

Fördermittel in Höhe von Euro sind beantragt/ bewilligt. Die Beantragung folgender Drittmittel ist beabsichtigt:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung des aktuellen Haushaltes: ---

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung künftiger Haushalte: ---

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: 31306 des Teilhaushaltes Soziales

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: 31306

Es sollen Kosten entsprechende Erstattungen erzielt werden. Die Berücksichtigung der Personalkosten erfolgt deshalb in einem zentral für die Flüchtlingskrise genutzten Produkt des Teilhaushaltes Soziales (06) – 31306, dem korrespondierend zu den anfallenden Personalaufwendungen Erstattungsansätze gegenübergestellt werden.

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister